

Beschlussübersicht

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau
-Videokonferenz- am Mittwoch, den 17.02.2021,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: UKSuT/020/2021
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:10 Uhr

TOP 9 Haushaltsberatung 2021-2022; Teilhaushalt 670 Umweltbüro Vorlage: 01/2021/0024

Abstimmung: zur Kenntnis genommen

Der Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig folgenden Beschluss:
Der Stellenplan der Stadt Melle wird erweitert um zusätzliche 0,5 Stellen im Umweltbüro für den Klimaschutz. Die Stelle soll zeitnah ausgeschrieben und besetzt werden.

TOP 10 Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung Vorlage: 01/2021/0035

Abstimmung: mehrheitlich empfohlen Ja 6 Nein 5

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Melle beteiligt sich an der interkommunalen Kooperation im Bereich der Klärschlamm-trocknung zusammen mit den Städten Georgsmarienhütte und Bramsche.

TOP 11 Richtlinie "Lastenräder" zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle Vorlage: 01/2021/0029

Abstimmung: mehrheitlich empfohlen Ja 6 Nein 5

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Förderrichtlinie „Lastenräder“ zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle gemäß Anlage 1.

**TOP 12 Antrag CDU/FDP-Gruppe: Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung, Festlegung von Ausbaustandards, Erstellung Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten u.ein Moratorium für Straßenausbau
Vorlage: 01/2021/0010**

Abstimmung: mehrheitlich empfohlen Ja 6 Nein 5

Die CDU/FDP-Gruppe hat mit Schreiben vom 28. Dezember 2020 folgenden Antrag gestellt:

Der Rat der Stadt Melle möge in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fassen:

1. Die Satzung der über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Melle wird aufgehoben. Hierfür beschließt der Rat der Stadt Melle die dem Antrag der UWGFraktion vom 27.02.2020 beigefügte Aufhebungssatzung.
2. Der Rat der Stadt Melle setzt eine Arbeitsgruppe ein, die folgende Zielsetzungen hat:
 - a) die Erarbeitung von einheitlichen Standards für zukünftig auszubauende Stadtstraßen;
 - b) die Erarbeitung von Kriterien für eine Prioritätenliste für den Ausbau städtischer Straßen;
 - c) die Erarbeitung einer konkreten Prioritätenliste für den zukünftigen Ausbau von Stadtstraßen sowie vorgelagert die Erarbeitung von tauglichen Kriterien, unter denen insbesondere der aktuelle Zustand der jeweiligen Straße unter besonderer Berücksichtigung etwaiger aktueller Sicherheitsrisiken durch Beschädigungen, ihre Nutzungsintensität und ihre Relevanz für die Schulwege Beachtung finden.
3. Neben der Erstellung einer Prioritätenliste wird die Verwaltung beauftragt, eine Auflistung aller Straßen im Stadtgebiet zu erstellen, die noch nicht ersterschlossen und damit ggf. erschließungsbeitragspflichtig wären.
4. Der Rat der Stadt beschließt zunächst ein Moratorium für alle derzeit für den Ausbau geplanten Straßenausbaumaßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befinden. Nach Definition der Ziele gem. Ziff. 2 werden dann die Maßnahmen nach der Prioritätenliste abgearbeitet. Sämtliche Maßnahmen stehen dabei grundsätzlich unter einem Finanzierungsvorbehalt.

**TOP 13 Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Für ein "sauberes Melle" hier:
Informationskampagne "Keine Kippen auf den Boden"
Vorlage: 01/2021/0031**

Abstimmung: einstimmig empfohlen Ja 9 Enthaltung 1

Die CDU/FDP-Gruppe im Rat hat mit Schreiben vom 13.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Melle beantragt, aus Gründen des Umwelt- und Gewässerschutzes eine Informationskampagne zum Thema „Keine Kippen auf den Boden“ zu starten. Hiermit soll bewusst für Umweltgruppen, Kaufleute und Gewerbetreibende, Schulen, Kirchengemeinden, Restaurants, Kultureinrichtungen, Vereine und andere Interessierte die Möglichkeit zur Beteiligung eröffnet werden. Das Umweltbüro der Stadt ist einzubeziehen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten und Kosten einer Beschaffung neuer Abfallbehältnisse zur Entsorgung von Zigarettenresten o.ä. oder deren entsprechende Umrüstung zu prüfen.

**TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Förderprogramm
Regenwasser-Nutzung
Vorlage: 01/2021/0032**

Abstimmung: einstimmig empfohlen Ja 11

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 19.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. eine Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuschüssen für Regenwassernutzungs-Anlagen zu erarbeiten.
2. die entsprechenden Mittel (je 25.000,-€ / Jahr) sind in den Haushalt 2021-2023 zu stellen.
3. Die Verwaltung überprüft, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliche Fördermittel vom Meller Wasserwerk zu bekommen.
4. Von dieser Förderung ausgeschlossen sind Vorhaben, bei denen es bereits eine textliche Festsetzung zur Wasserrückhaltung im Bebauungs-Plan gibt.